

Thema: Kulturpolitik

Kunst und Kultur für Alle

Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist im Wandel begriffen und bietet uns einen breiten Zugang zur Vielfalt der Menschen und ihren Kulturen, die es zu entdecken gilt. Die Vielfalt von Kunst und Kultur, die wir persönlich und unsere Mitbürger:innen mit internationaler Familiengeschichte mitbringen, prägen unser Zusammenleben und verändern es. Diese Vielfalt ist für Die Linke im Rahmen ihrer Kommunalpolitik ein bedeutender Bestandteil. Wir nutzen hierbei, dass der Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen nach Art.18 der Landesverfassung NRW-Verfassungsrang genießt.

Bedeutung von Kultureinrichtungen und Orte der Erinnerungskultur in Städten und Gemeinden

Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge in den Städten und auch in ländlichen Gemeinden zusammengestrichen, obwohl Kultur sich besonders und unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen, Theater, Konzerthäuser, Tanzbühnen und Museen müssen mit immer knapper werdenden finanziellen Mitteln auskommen. Daran ändert auch das vom Land verabschiedete Kulturfördergesetz wenig. Daher ist es eine wichtige Aufgabe linker Kommunalpolitik, in den Stadt- und Gemeinderäten auf die Bedeutung von Kunst und Kultur für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu verweisen und die erforderlichen finanziellen Mittel zu fordern.

Kultur bestimmt die Art, wie wir leben, unseren privaten Alltag bis zum sozialen Miteinander im öffentlichen Raum, bestimmt die Gestalt unserer Städte und unsere Vorstellung von menschlichem Leben, bestimmt, was wir hören, sehen, fühlen und schmecken. Kunst bedeutet Schönheit, Wahrheit, den Erhalt und die Verwirklichung menschlichen Daseins. Kunst ist frei und darf nicht politisch instrumentalisiert werden.

Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die Stadtplanungs- und Integrationspolitik, Bildungs- und Jugendpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik gleichermaßen betrifft. Sie ist dem Erhalt der schöpferischen Leistungen, aber auch dem Erhalt des Gedächtnisses der Menschheit, den Archiven, Zentren der Erinnerungskultur und Gedenkstätten verpflichtet. Kulturpolitik muss darauf ausgerichtet sein, die Menschen von heute zu ermächtigen, ihre Leben, ihre Gewohnheiten und ihre Zukunft selbst zu gestalten. Der Förderung von Soziokultur, selbstverwalteten Bürger:innen- und Jugendzentren, der eigenen kulturellen Betätigung von Laien, von der Herstellung von Kleidung über Malen und Singen sowie Erzählen der eigenen Geschichte bis zur Theaterarbeit muss ein breiter Raum und eine große finanzielle Unterstützung gewährt werden.

Finanzierung von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum

Die Kommunen erhalten über eine Schlüsselzuweisung Steuermittel für die kulturellen Aufgaben. Diese Zuweisungen sind zumeist unzureichend, um die vielfältigen kulturellen Aufgaben zu finanzieren. Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur aufwenden, sind zudem höchst unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten Stärkungspaktgesetz unterliegen, können leider nur wenig Geld für Kultur ausgeben, weil die zur Verfügung stehenden Finanzmittel in den Schuldenabbau geleitet werden. So kann kreative Vielfalt nur begrenzt gelebt werden und der kulturelle Verfassungsauftrag des

Landes NRW wird unterlaufen. Auch hier zeigt sich besonders die Wichtigkeit der von uns seit Jahren geforderte Altschuldenentlastung der Kommunen im Land.

Die Linke fordert:

- Sichere Finanzierung von Kultureinrichtungen generell.
- Ausbau von Kulturangeboten in den Stadtteilen, auf dem Land und besonders an Orten wo der Zugang zu Theater, Konzerten und Ausstellungen nicht selbstverständlich ist.
- Institutionelle und somit planbare Förderung von Künstler*innen und Kultureinrichtungen, statt der aufwendigen und unsicheren Projektförderung.
- Kommunale Beratungsangebote zur Weiterentwicklung von Kulturprojekten und ihrer Finanzierung.
- Sicherung und Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtischer Musikschulen
- Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von Leerständen)
- Schaffung von Ausstellungsflächen für die freien Künstler*innen
- Sicherung der kommunalen Zuschüsse, für örtliche Kunst- und Kulturvereine
- Förderung und Pflege der Orte der Erinnerungskultur und Unterstützung von Initiativen, die sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen.
- Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti
- Wir regen die Lenkung von Spenden für den Kulturbetrieb in den Kommunen an und fordern sie auf entsprechende Sponsorenmodelle anzubieten und zu bewerben.

Kulturschaffende absichern

Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich im Kulturbetrieb tätig sind und keine Festanstellung in einem der öffentlichen Kulturbetriebe haben, arbeitet unter prekären Bedingungen. Ihre Kulturbegeisterung geht zumeist mit Selbstaussbeutung und einer breiten Palette von Nebentätigkeiten einher, um ihren Lebensunterhalt annähernd zu sichern.

Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei auch in diesem Arbeitsfeld die leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind. Menschen mit einem internationalen Familienhintergrund sind auch in den Führungspositionen der Kultureinrichtungen weit unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt und kulturellen Entwicklung beitragen könnten.

Die Linke setzt sich ein für:

- Die Sicherung und Tarifbindung der Arbeitsverhältnisse in Kulturbetrieben.
- Die Festanstellung von Künstler*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen, zumal die Rechtslage Honorarverträge nur noch sehr begrenzt zulässt.
- Die geschlechtergerechte Besetzung von Stellen im Kultursektor und auch in diesem Arbeitsfeld fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männern.

Kulturelle Teilhabe ist mehr!

Teilhaben an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren für Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an Kultur beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken und entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen.

86 Der Zugang zu Kunst und Kultur ist individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse
87 sowie soziale und bildungsmäßige Unterschiede existieren weiterhin.

88 Kulturelle Bildung beginnt in den Kindertagesstätten, findet im Schulalltag statt und
89 begleitet uns in der Erwachsenenbildung und erweitert unseren Blickwinkel im Besonderen
90 mit vielfältigen Kulturangeboten. Sie bietet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeits-
91 entwicklung. Kulturelle Angebote müssen für Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein
92 – unabhängig von ihrer sozialen Lage, einer Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen
93 Herkunft.

94 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

- 95 - freie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes
- 96 - freien Eintritt in öffentlichen Kultureinrichtungen wie Theater und Konzerthallen für
97 Leistungsbezieher:innen (SGB II, SGB XII, Schüler:innen, Student:innen und
98 Rentner:innen)
- 99 - Ausbau der öffentlichen und freien musische Förderung von Kindern von
100 Leistungsbezieher*innen über das Bildungs- und Teilhabepaket.

101 **Kultur ist und bleibt ein lebendiger und politischer Bestandteil unsers Lebens!**

102 Die Linke wird im Rahmen der öffentlichen Finanzpolitik in den Gemeinden, den Städten und
103 im Land, neben der zentralen sozialen Frage immer auch die Förderung kultureller Vielfalt
104 und ihre Teilhabe zum Wohle aller Menschen im Focus behalten!